

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Robby Schlund, Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Dr. Lothar Maier, Paul Viktor Podolay, Waldemar Herdt und der Fraktion der AfD

Risiko einer militärischen Eskalation in Europa

Der seit 2014 andauernde bewaffnete Konflikt in der Ukraine ist in den letzten Wochen wieder zu einer Priorität geworden (siehe Quellen weiter unten). Grund hierfür sind zunehmende militärische Aktivitäten auf beiden Seiten der sogenannten Kontaktlinie, die die regierungskontrollierten Teile der Oblaste Donezk und Lugansk von den „Volksrepubliken“ trennt, sowie in der Russischen Föderation, die von vielen Beobachtern als Vorzeichen einer möglichen militärischen Eskalation gewertet werden (ebd.).

Von russischer Seite wird auf die Verlagerung von Truppen und militärischem Gerät an die ukrainische Seite der Kontaktlinie, überarbeitete Mobilisierungspläne für ukrainische Reservisten sowie eine „hysterische“ Medienberichterstattung über russische Angriffspläne verwiesen (<https://russische-botschaft.ru/de/2021/04/12/donbass-update/>, eigene Übersetzung). All dies geschehe „auf Veranlassung von Kiew westlichen Sponsoren“ (ebd.).

Die G7-Außenminister ihrerseits „sind zutiefst beunruhigt angesichts der laufenden umfangreichen Verstärkung russischer Streitkräfte an den Grenzen der Ukraine und auf der illegal annektierten Krim. Diese großangelegten und im Vorfeld nicht angekündigten Truppenbewegungen stellen bedrohliche und destabilisierende Maßnahmen dar“ (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/g7-ukraine/2453620>).

Der russische Außenminister Sergej Lawrow warnte, dass diejenigen, die versuchen, einen neuen Krieg im Donbass zu entfesseln, die Ukraine zerstören werden (https://www.mid.ru/web/guest/meropriyatiya_s_uchastiem_ministra/-/asset_publisher/xK1BhB2bUjd3/content/id/4662534).

Der ukrainische Botschafter Dr. Andrij Melnyk sagte, „der Kreml trachtet danach, die Ukraine als Staat und als Volk auszulöschen“ (https://www.deutschlandfunk.de/russlands-truppenverlegung-ukrainischer-botschafter-wir.694.de.html?dram:article_id=495718).

Zwischen dem Beginn des Ukraine Konflikts 2014 und 2020 gaben die USA für Militärhilfe an die Ukraine 1,6 Mrd. Dollar aus (<https://crsreports.congress.gov/product/pdf/R/R45008>), u. a. für Scharfschützengewehre, Panzerabwehrgranaten, Radargeräte für die Artillerieabwehr, Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssysteme, Nachtsichtgeräte, medizinische Ausrüstung sowie Training und logistische Unterstützung (<https://www.politico.com/news/2019/09/30/ukraine-united-states-military-aid-013792>).

Die Ukraine erwarb 2018 und 2019 zudem 360 amerikanische Javelin Panzerabwehrwaffen (<https://crsreports.congress.gov/product/pdf/R/R45008>). Im Rahmen der Joint Multinational Training Group-Ukraine trainierten Militärberater aus den USA, Kanada, Dänemark, Litauen, Polen, Schweden und dem Vereinigten Königreich zudem die ukrainischen Streitkräfte (ebd.).

Im Juni 2020 wurde die Ukraine zu einem Enhanced-Opportunities-Partner der NATO (https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_176327.htm). Die Äußerung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij am 6. April 2021, dass eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine der einzige Weg sei, den Konflikt im Donbass zu beenden (<https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/11077931>), belebten die bereits in der Vergangenheit über eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine geführten Diskussionen erneut. Die deutsche Regierung ließ am 7. April 2021 mitteilen, dass weitere Schritte der Ukraine hin zu einer Mitgliedschaft derzeit nicht anstünden (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungspressekonferenz-vom-7-april-2021-1886306>). Während ihres ersten Ukrainebesuchs hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel 2008 gesagt: „Die Ukraine wird Mitglied der Nato sein“ (<https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/ukraine-an-die-eu-und-nato-heranfuehren-609464>). Der damalige Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier sprach sich 2014 gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine aus: „Für die Bündnisfrage gilt, was ich bereits vor Monaten gesagt habe: Ich sehe partnerschaftliche Beziehungen der Ukraine mit der NATO, aber keine Mitgliedschaft“ (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-krise-steinmeier-gegen-nato-mitgliedschaft-der-ukraine-a-1004525.html>). Auch eine EU-Mitgliedschaft hielt der Außenminister nicht für realistisch. Diese sei „ein Generationenprojekt“ (ebd.). Er mahnte zuvörderst zu Reformen im Land: „Mehr als 20 Jahre nach der staatlichen Unabhängigkeit haben es die Menschen in der Ukraine verdient, dass ihre Regierung endlich mit aller Entschlossenheit Korruption und Misswirtschaft bekämpft und wirklich Reformen an Haupt und Gliedern anpackt“ (ebd.).

Der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, Manfred Weber, forderte für den Fall einer Eskalation der gegenwärtigen Lage in der Ukraine ein weitgehendes Einfrieren von Oligarchen-Konten oder ein Abtrennen Russlands vom Swift-Zahlungssystem. Auch das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 sei dann nicht mehr zu halten (<https://www.euractiv.de/section/all/news/evp-fraktionschef-weber-schlaegt-sanktionen-gegen-russland-wegen-ukraine-vor/>). Drohungen, Russland aus dem Zahlungssystem Swift auszuschließen, wurden bereits 2014 gemacht. Sie führten damals zur Entwicklung des eigenen russischen Zahlungssystems SPFS (http://www.cbr.ru/PSystem/fin_msg_transfer_system/).

Der Druck auf die Bundesregierung, das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 zu beenden nimmt bereits zu. Medien berichten, dass der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Joe Biden, einen Sonderbeauftragten für das Projekt ernennen will („Biden looks to appoint special envoy to kill Russia-Germany energy pipeline“, <https://www.politico.com/news/2021/04/07/biden-envoy-nord-stream-2-479706>). Gegenwärtig soll Amos Hochstein im Gespräch für die Position sein (ebd.). Er war zuvor Aufsichtsratsmitglied des ukrainischen Gaskonzerns Naftogaz und als Vizepräsident des US-amerikanischen Unternehmens Tellurian Inc. verantwortlich für das Marketing von Flüssiggas (<https://www.bloomberg.com/profile/person/17824483>).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Gibt es seitens der Bundesregierung eine völkerrechtliche Bewertung des Konflikts in den ukrainischen Oblasten Donezk und Lugansk?
Wenn ja, wie lautet diese, und wie hat sie sich ggf. seit 2014 verändert, wenn nein, warum nicht?
2. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der SWP (s. Vorbemerkung der Fragesteller), dass „die Muster der russischen Militäraufmärsche, die Struktur der Streitkräfte und die Typen der beobachteten militärischen Ausrüstung stark darauf hindeuten, dass es sich eher um eine offensive Operation als um eine Übung handelt“ (bitte begründen)?
3. Gibt es seitens der Bundesregierung eine Einschätzung zu der Aussage des russischen Außenministers Sergej Lawrow, dass diejenigen, die versuchen, einen neuen Krieg im Donbass zu entfesseln, die Ukraine zerstören würden (s. Vorbemerkung der Fragesteller)?
Wenn ja, wie lautet diese?
4. Teilt die Bundesregierung die Ansicht des ukrainischen Botschafters, dass der Kreml danach trachte, die Ukraine als Staat und als Volk auszulöschen (s. Vorbemerkung der Fragesteller; bitte begründen)?
5. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Tatsache, dass die Fertigstellung von Nord Stream 2 unmittelbar bevorsteht und der Eskalation im Donbass?
6. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen dem Konflikt in der Ukraine und der Stationierung von etwa 500 zusätzlichen amerikanischen Soldaten in Deutschland (<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/us-amtskollege-austin-besuch-kramp-karrenbauer-5054716>)?
7. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der kürzlich vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij per Dekret verordneten Abschaltung dreier russischsprachiger Fernsehsender in der Ukraine und der Eskalation im Donbass (<https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2091426-Selenskyj-verbietet-oppositionelle-Nachrichtensender.html>)?
8. Seit wann und aus welchen Gründen wird die Internetseite der NATO nach Kenntnis der Bundesregierung neben den Sprachen Englisch, Französisch und Russisch auch auf Ukrainisch angeboten, aber beispielsweise nicht in den Sprachen der NATO-Mitgliedstaaten Polen und Deutschland?
9. Hält die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an ihrer während ihres ersten Ukrainebesuchs 2008 gemachten Aussage „[d]ie Ukraine wird Mitglied der Nato sein“ (s. Vorbemerkung der Fragesteller) auch angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre fest?
10. Wie hat sich die Position der Bundesregierung zur NATO-Mitgliedschaft der Ukraine seit 2008 entwickelt?
11. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der innerrussischen Zahlungen und internationalen Zahlungen aus oder nach Russland, die gegenwärtig über das russische Zahlungssystem SPFS abgewickelt werden?

12. Gibt es seitens der Bundesregierung eine Einschätzung dazu, ob die erneute Drohung einer Ausgrenzung der Russischen Föderation (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) aus Swift oder deren Umsetzung dazu führen wird, dass Russland, China oder andere Staaten die Entwicklung alternativer Zahlungsabwicklungssysteme und deren Interoperabilität energischer vorantreiben (<https://www.globaltimes.cn/content/1168382.shtml>)?
13. Wie verhält sich die Bundesregierung zu amerikanischen Überlegungen, Amos Hochstein zum US-Sonderbeauftragten für die Pipeline Nord Stream 2 zu machen (s. Vorbemerkung der Fragesteller)?
14. Welche Akteure profitieren nach Ansicht der Bundesregierung vom Konflikt in der Ukraine und der gegenwärtigen Eskalation?
15. Welche Waffen und Munition sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit Beginn des Ukraine Konflikts in die von der ukrainischen Regierung kontrollierten und nicht kontrollierten Gebiete geliefert worden, und von wem (bitte aufschlüsseln)?
 - a) Hat die Bundesregierung eine Position zu den Waffen- und Munitionslieferungen (bitte darlegen)?
 - b) Gibt es seitens der Bundesregierung eine Einschätzung dazu, welche Auswirkungen die Waffenlieferungen aus dem Ausland an die Ukraine auf den Konflikt haben, und wenn ja, wie lautet diese?
 - c) Sind die amerikanischen Javelin Panzerabwehrwaffen (s. Vorbemerkung der Fragesteller) nach Kenntnis der Bundesregierung bereits in Kampfhandlungen in der Ukraine zum Einsatz gekommen, und wenn ja, in wie vielen Fällen, und mit welchem Ergebnis?
16. Wie viele Militärberater, Söldner, ausländische Soldaten aus welchen Ländern befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig in der Ukraine (auf beiden Seiten der Kontaktlinie; bitte aufschlüsseln)?
17. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung private Sicherheitsfirmen in den Konflikt in der Ostukraine involviert?
Wenn ja, welche?
18. Ist der Bundesregierung bekannt, dass der amerikanische Präsident Joe Biden den russischen Präsidenten Wladimir Putin als „Killer“ bezeichnet hat (<https://edition.cnn.com/videos/politics/2021/03/17/president-biden-wladimir-putin-russia-gma-newday-vpx.cnn>)?
Wenn ja, wie positioniert sich die Bundesregierung hierzu?
19. Gibt es bezüglich der Medienberichte, nach denen die Ukraine erklärte, Minsk nicht mehr als Verhandlungsort für Gespräche zur Lage in der Ostukraine zu akzeptieren (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungspressekonferenz-vom-7-april-2021-1886306>), seitens der Bundesregierung eine Bewertung, wenn ja, wie lautet sie?
Welche Standorte sind nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. vorstellbar, und gibt es seitens der Bundesregierung eine Bewertung der Erfolge des bisherigen Minsker Prozesses, wenn ja, wie lautet diese?
20. Sieht die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass der Konflikt in der Ukraine sechs Jahre nach der Unterzeichnung von Minsk II noch nicht gelöst ist und gegenwärtig zu eskalieren droht, Alternativen zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen (wenn ja, bitte darlegen)?
Wenn nein, warum nicht?

21. Wer ist nach Kenntnis der Bundesregierung für den gewaltsamen Tod des Separatistenführers und Mitunterzeichners von Minsk II, Alexander Sachartschenko, verantwortlich (<https://www.fr.de/politik/bestbewachter-politiker-osteuropas-ermordet-10965054.html>)?
22. Kann es nach Ansicht der Bundesregierung eine militärische Lösung des Ukraine-Konflikts geben?
23. Welchen konkreten aus den Minsker Abkommen erwachsenen Verpflichtungen sind die Ukraine und Russland nach Kenntnis der Bundesregierung bisher nicht nachgekommen (bitte auflisten)?
24. Gibt es auf Basis der Erfahrungen aus dem Krieg Armenien gegen Aserbaidschan (insbesondere durch die bis dahin nicht gesehene hohe Wirkkraft von Drohnen) eine strategische Neubewertung der militärischen Lage in der Ostukraine durch die Bundesregierung oder nach Kenntnis der Bundesregierung durch andere Akteure (<https://www.bundestag.de/resource/blob/825428/5b868defc837911f17628d716e7e1e1d/WD-2-113-20-pdf-data.pdf>)?
 - a) Wenn ja, wie lautet diese?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
25. Ist der Aufruf der G7-Außenminister an Russland „die Grundsätze und Verpflichtungen der OSZE einzuhalten, zu denen es sich hinsichtlich der Transparenz militärischer Bewegungen bekannt hat, und dem Verfahren nach Kapitel III des Wiener Dokuments zu entsprechen“ dahin gehend zu verstehen, dass Russland seine Verpflichtungen nicht eingehalten hat (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/g7-ukraine/2453620>)?

Wenn ja, welche Verpflichtungen wurden konkret verletzt?
26. Liegen der Bundesregierung Hinweise dazu vor, dass seit Anfang des Jahres 2021 seitens der Ukraine internationale Vereinbarungen nicht eingehalten wurden (bitte darlegen)?
27. Wie viele Bewohner der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit Beginn des Ukraine-Konflikts die russische Staatsbürgerschaft erhalten?
28. Gibt es seitens der Bundesregierung mittlerweile eine Entscheidung, ob die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel oder ein anderer Amtsträger an der „Internationalen Plattform zur De-Okkupation der Krim“ teilnehmen wird (s. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/27736)?
29. Gibt es seitens der Bundesregierung eine Einschätzung und Stellungnahmen zu der seit 2017 andauernden Unterbrechung der Wasserversorgung der Krim durch die Ukraine (<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wassermangel-das-draengendste-problem-der-krim-17256391.html>; wenn ja, bitte darlegen)?

Wenn nein, warum nicht?
30. Hat die Bundesregierung versucht, in der Frage der Wasserversorgung der Krim vermittelnd tätig zu werden oder in anderer Weise zu einer Lösung beizutragen (wenn ja, bitte darlegen)?
31. Gibt es seitens der Bundesregierung eine Erwartung hinsichtlich der Positionierung der Volksrepublik China im Ukraine-Konflikt (bitte darlegen)?

32. Sieht die Bundesregierung in der Schaffung der auf dem EU-/Russland-Gipfel 2003 in St. Petersburg vereinbarten und im Mai 2005 präzisierten Idee der vier gemeinsamen Räume (1. gemeinsamer Wirtschaftsraum; 2. gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts; 3. gemeinsamer Raum der äußeren Sicherheit sowie 4. der Forschung und Bildung, einschließlich kultureller Aspekte) eine Möglichkeit zur Beilegung des Ukraine-Konflikts sowie zur Schaffung einer dauerhaften Friedensperspektive für den europäischen Raum (bitte begründen)?

Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung ggf. zur Erreichung dieses Ziels?

33. Wenn die Bundesregierung, wie von der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer beim Besuch ihres amerikanischen Amtskollegen Lloyd J. Austin in Berlin am 13. April 2021 erklärt, über die sicherheits- und verteidigungspolitische Architektur auch im europäischen Raum neu nachdenken muss, werden Gespräche hierzu dann neben der amerikanischen auch mit der russischen Seite geführt (<https://www.bmvg.de/de/mediathek/statements-besuch-amerikanischer-verteidigungsminister-5054780>; wenn ja, bitte darlegen)?

Wenn nein, warum nicht?

Berlin, den 21. April 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

